

Niederschrift über die Sitzung des Beteiligungsausschusses am 16.10.2008

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 15:25 Uhr
Ende: 15:40 Uhr

Anwesend:

Herr Clausen (Vorsitzender)

CDU

Herr Dr. Annecké (stellv. Vorsitzender)
Herr Helling
Herr Lux
Herr Nettelstroth
Herr Dr. Zillies

SPD

Frau Biermann
Herr Clausen
Herr Fortmeier
Herr Hamann
Herr Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage (für Frau Dr. Schulze)
Herr Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Schulze, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sauer, FDP-Gruppe (beratendes Mitglied)

Von der Verwaltung:

Herr Oberbürgermeister David
Herr Stadtkämmerer Löseke
Herr Moss
Herr Berens
Herr Kricke, Schriftführer

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Clausen die Beschlussfähigkeit des Beteiligungsausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 07.10.2008 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Beteiligungsausschusses am 28.08.2008**

B e s c h l u s s:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 37. Sitzung des Beteiligungsausschusses am 28.08.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 **Reaktionsmöglichkeiten der Stadt Bielefeld auf Neuregelung im steuerlichen Querverbund**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5827/2004-2009

Herr Hamann weist darauf hin, dass es aus seiner Sicht erforderlich sei, auf der Grundlage der von der Verwaltung erstellten Informationsvorlage eine Entscheidung in der Sache zu treffen, um die Verwaltung in die Lage zu versetzen, die dargestellten Handlungsvarianten weiter zu konkretisieren.

Herr Rees meldet für seine Fraktion noch Beratungsbedarf an und bittet

um Mitteilung, bis wann eine Entscheidung der Politik spätestens vorliegen müsse.

Herr Nettelstroth stimmt Herrn Rees zu. Die in der Vorlage dargestellten Tendenzen müssten noch aufbereitet werden und mit konkreten Zahlen hinterlegt werden. In diesem Zusammenhang bittet er um eine synoptische Darstellung der möglichen Varianten.

Zur zeitlichen Perspektive führt Herr Stadtkämmerer Löseke aus, dass diese Frage aktuell nicht beantwortet werden könne. Das Jahressteuergesetz 2009 sehe derzeit noch keine Fristverlängerung vor. Sollten die Bemühungen, die beim Bund momentan auf politischer Ebene unternommen würden, ergebnislos bleiben, werde sich noch in diesem Jahr ein akuter Handlungsbedarf ergeben.

Herr Berens ergänzt, dass die 2. und 3. Lesung des Jahressteuergesetz 2009 im Bundestag für Mitte November vorgesehen seien. Aktuell würden noch in Details Veränderungen am Gesetzentwurf vorgenommen, über deren Inhalte allerdings noch keine exakten Aussagen getroffen werden könnten. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung im Bundesrat sei für Dezember terminiert. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung in der Informationsvorlage bestimmte Präferenzen formuliert, die sicherlich noch detaillierter aufzubereiten seien. In diesem Zusammenhang sei zu gewährleisten, dass - sofern es nicht doch noch Übergangsregelungen geben werde - der Beteiligungsausschuss in seiner Sitzung am 11.12.2008 abschließend über die Angelegenheit entscheiden könne. Auf Nachfrage von Herrn Clausen zu den Präferenzen der Verwaltung führt Herr Berens aus, dass die Verwaltung die Varianten c) und d) ausschließe. Die verbleibenden Alternativen a) und b) seien detaillierter zu betrachten. Welcher Variante letztendlich der Vorrang einzuräumen sei, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv gesagt werden, da die wechselseitigen wirtschaftlichen und steuerlichen Effekte noch eingehend zu prüfen seien.

Auf Vorschlag von Herrn Clausen fasst der Ausschuss sodann folgenden

B e s c h l u s s:

Der Beteiligungsausschuss teilt die in der Vorlage dargelegte Auffassung der Verwaltung zu den Reaktionsmöglichkeiten der Stadt Bielefeld auf die Neuregelungen im steuerlichen Querverbund und bittet um detaillierte Darstellung im Rahmen der nächsten Sitzung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 16.10.2008

Clausen
Vorsitzender

Kricke
Schriftführer